

Niederschrift

über die 15. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 14.12.2011, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

- 1 . Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2 . Weiterleitung des Jahresabschlusses 2010
Vorlage: 538/2011
- 3 . Festsetzung der Realsteuerhebesätze ab dem Jahr 2012
Vorlage: 569/2011
- 4 . Vorlage der Gebührenbedarfsberechnung für die Straßenreinigung und den Winterdienst
Vorlage: 559/2011
- 5 . Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: 587/2011
- 6 . Vorlage der Gebührenbedarfsberechnung für die Abfallentsorgung
Vorlage: 560/2011
- 7 . Änderung der Gebührensatzung der Stadt Geilenkirchen für die Abfallbeseitigung
Vorlage: 585/2011
- 8 . Vorlage der Gebührenbedarfsberechnung für die Abwasserbeseitigung
Vorlage: 561/2011
- 9 . Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 586/2011
- 10 . Vorlage der Gebührenbedarfsberechnung für das Bestattungswesen
Vorlage: 562/2011
- 11 . 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 93 der Stadt Geilenkirchen
Geltungsbereich: Fläche im Stadtteil Grotenrath, am nordwestlichen Ortsrand, nordwestlich der Straße Hinter den Höfen
-Beratung über die Einleitung des Bauleitplanverfahrens gemäß § 13 BauGB (vereinfachtes Verfahren)
-Verabschiedung des Bebauungsplanentwurfes zur Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie zur Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Trä-

gern öffentlicher Belange
Vorlage: 536/2011

- 12 .** Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 86 der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 539/2011
- 13 .** Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 52 der Stadt Geilenkirchen für einen Bereich zwischen Luxemburgstraße, Brabantstraße und Pappelweg
Vorlage: 017/2011
- 14 .** Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 33 (Ludwig-Richter-Straße)
Vorlage: 563/2011
- 15 .** Änderung der Satzung der Stadt Geilenkirchen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)
Vorlage: 565/2011
- 16 .** Änderung der Satzung der Stadt Geilenkirchen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) vom 26.04.2007
Vorlage: 542/2011
- 17 .** Änderung der Satzung der Stadt Geilenkirchen über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen vom 04.07.1996
Vorlage: 555/2011
- 18 .** Änderung der Satzung über die Erhebung von Kindergartenelternbeiträgen - Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: 580/2011
- 19 .** Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 583/2011
- 20 .** Künftige Schulentwicklung in der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 582/2011
- 21 .** Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 22 .** Fragestunde für Einwohner
- 23 .** Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeister Thomas Fiedler

Mitglieder

2. Nikolaus Bales
3. Marko Banzet
4. Franz Beemelmanns
5. Hans-Jürgen Benden
6. Herbert Brandt
7. Karl-Peter Conrads
8. Klaus Dohlen
9. Uwe Eggert
10. Dr. Stefan Evertz
11. Toska Frohn
12. Johann Graf
13. Theresia Hensen
14. Dipl. Ing. Johannes Henßen
15. Horst-Eberhard Hoffmann
16. Karin Hoffmann
17. Rainer Jansen
18. Gabriele Kals-Deußen
19. Michael Kappes
20. Dipl. Ing. Stefan Kassel
21. Wilfried Kleinen
22. Heinz Kohnen
23. Christian Kravanja
24. Leonhard Kuhn
25. Gerd Latour
26. Markus Melchers bis TOP 23
27. Manfred Mingers
28. Dr. Joachim Möhring
29. Uwe Neudeck
30. Hans-Josef Paulus
31. Manfred Schumacher
32. Barbara Slupik
33. Manfred Solenski
34. Kurt Sybertz
35. Raimund Tartler
36. Ruth Thelen anwesend ab TOP 7 ohne TOP 24.1 - 24.9
37. Marlis Tings
38. Dipl.-Ing. Harald Volles
39. Wilhelm Josef Wolff

von der Verwaltung

40. I. Beigeordneter Hans Hausmann
41. Beigeordneter Herbert Brunen
42. Peter Klee
43. Karl-Heinz Kleinjans

Protokollführerin

44. Tina Beckers-Offermanns

Bürgermeister Fiedler eröffnete die letzte Sitzung des Rates im Jahr 2011 und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Einwendungen gegen die letzte Niederschrift wurden nicht erhoben.

Er schlug vor, den Punkt 20 abzusetzen, da die Notwendigkeit der außerplanmäßigen Ausgabe nicht mehr gegeben sei. Der Rat stimmte dem Vorschlag einstimmig zu.

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

- a) Bürgermeister Fiedler teilte mit, dass er zunächst eine traurige Pflicht zu erfüllen habe und mitteilen müsse, dass zwei ganz besonders verdiente Bürger unserer Stadt in den letzten Tagen verstorben seien.

Am 07. Dezember sei das langjährige Ratsmitglied Josef Heinrichs im Alter von 77 Jahren von uns gegangen. Er sei am Dienstag dieser Woche unter großer Anteilnahme der Bevölkerung in Hünshoven zu Grabe getragen worden. Josef Heinrichs sei von 1989 bis 2009 Ratsmitglied gewesen und von 1999 bis 2004 erster stellvertretender Bürgermeister. Zudem habe er von 1994 bis 2009 das Amt des Ortsvorstehers der Innenstadt wahrgenommen. Natur- und Heimatliebe, ein auf Ausgleich und Harmonie bedachter Charakter und sein unermüdlicher Einsatz für die Anliegen der Stadt und ihrer Bewohner würden stets in guter Erinnerung bleiben. Er selbst habe, gerade in den ersten Wochen und Monaten seines Amtes, Josef Heinrichs als einen zutiefst gütigen Menschen erlebt, und er sei ihm dafür sehr dankbar. Er denke, dass Viele dankbar seien, diesen großartigen Menschen gekannt zu haben und eine Wegstrecke mit ihm gegangen zu sein.

Gleiches gelte für einen, wenn nicht den Gründungsvater der Städtepartnerschaft Geilenkirchen-Quimperlé, Josef Dohmen, der am Sonntag im Alter von 91 Jahren sanft entschlafen sei. Der Rat der Stadt Geilenkirchen sei ihm zu großem Dank verpflichtet, weil er die Städtepartnerschaft aufgebaut und unermüdlich vorangetrieben habe. Auch unsere Freunde in Quimperlé seien traurig darüber, einen der ersten und langjährigsten deutschen Freunde verloren zu haben. Josef Dohmen habe sein berufliches Können an einer anderen wichtigen Stelle für die Gemeinschaft eingebracht, nämlich als Aufsichtsratsmitglied und –vorsitzender der Raiffeisenbank zwischen 1956 und 1991. Auch in der Brauchtumpflege und im Kulturschaffen der Stadt habe er bei den Schützen und als Urvater der SSB-Big Band Großes geleistet. Er sei ein Gentleman durch und durch und von feinem Humor gewesen. Seinen 90. Geburtstag habe er letztes Jahr in großer Runde gefeiert und er habe die große Anerkennung, die ihm aus allen Teilen der Bevölkerung, aber auch aus Rat und Verwaltung der Stadt Geilenkirchen zuteil geworden sei, noch einmal so richtig genießen können.

Bürgermeister Fiedler bat um eine Schweigeminute im Gedenken an diese verdienten Männer.

- b) Weiterhin teilte Bürgermeister Fiedler mit, dass er ein lapidares Schreiben des Landrats in zwei Sätzen verlesen wolle, das ihm große Freude gemacht habe: „Die Prüfung der Eröffnungsbilanz der Stadt Geilenkirchen ist abgeschlossen. Beanstandungen haben sich nicht ergeben.“

So kurz und bündig könne ein positiver Schlusspunkt hinter ein arbeitsreiches Projekt gesetzt werden. Allen Beteiligten sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

- c) Weiter teilte er mit, dass die Bezirksregierung den Zuwendungsbescheid über 986.480 € zu den Baumaßnahmen im II., III. und IV. Bauabschnitt und zum Verfügungsfond geschickt habe. Damit unterstütze das Land NRW diese Maßnahmen, deren Gesamtbudget sich auf 1.644.134 € belaufe.
- d) Außerdem wolle er zwei seit langen Jahren diesem Gremium bekannte Herren begrüßen, denen heute Abend Worte des Dankes entgegen gebracht werden könnten. Es handele sich um Franz Willems, der als Hauptamtsleiter über viele Jahre den Rat betreut habe und Herrn Heinz Gemünd, der als Kämmerer diesem Gremium jedes Jahr Anlass zu flammenden Haushaltsreden gegeben habe und bei jeder anderen Ratssitzung Rede und Antwort stand, wenn es um die Königsdisziplin des parlamentarischen Lebens, nämlich den Haushalt, gegangen sei. Er schlug vor, dass die Dankesbekundungen an beide an das Ende des öffentlichen Teils der heutigen Sitzung gelegt würden, um beiden die Gelegenheit zu geben, noch einmal die Abarbeitung einer langen Tagesordnung zu erleben.
- e) Letztlich lade er die Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeiter nach der Sitzung im Foyer vor dem Ratssaal zu dem traditionellen Umtrunk am Ende des Sitzungskalenders ein.

TOP 2 Weiterleitung des Jahresabschlusses 2010 Vorlage: 538/2011

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig, den Jahresabschluss zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 3 Festsetzung der Realsteuerhebesätze ab dem Jahr 2012 Vorlage: 569/2011

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig, die Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Geilenkirchen entsprechend der in der Vorlage vorgeschlagenen Fassung zum 01.01.2012 zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 4 Vorlage der Gebührenbedarfsberechnung für die Straßenreinigung und den Winterdienst
Vorlage: 559/2011**

Beschluss:

Der Rat beschloss, die Straßenreinigungsgebühr mit 1,03 €/Frontmeter und die Gebühr für den Winterdienst mit 0,89 €/Frontmeter fest zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 5 Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: 587/2011**

Beschluss:

Der Rat beschloss die Satzung in der vorgeschlagenen Form.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 6 Vorlage der Gebührenbedarfsberechnung für die Abfallentsorgung
Vorlage: 560/2011**

Stadtverordneter Hoffmann betonte, dass seine Fraktion die Senkung der Gewichtsgebühren seit langem angestrebt habe und man sich nun auf dem richtigen Weg be-

finde. Dies werde hoffentlich auch zur Reduzierung des wilden Mülls in Geilenkirchen führen.

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig, die Gewichtsgebühren unter Beibehaltung der Grundgebühr in Höhe von 98,00 € auf 0,11 €/kg zu senken.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 7 Änderung der Gebührensatzung der Stadt Geilenkirchen für die Abfallbeseitigung
Vorlage: 585/2011**

Beschluss:

Der Rat beschloss die Änderungssatzung in der vorgeschlagenen Fassung zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 8 Vorlage der Gebührenbedarfsberechnung für die Abwasserbeseitigung
Vorlage: 561/2011**

Beschluss:

Der Rat beschloss, die Regenwassergebühr mit 0,74 €/m² und die Schmutzwassergebühr mit 3,14 €/m³ fest zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 9 Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 586/2011**

Beschluss:

Der Rat beschloss, die Änderungssatzung in der vorgeschlagenen Fassung zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 10 Vorlage der Gebührenbedarfsberechnung für das Bestattungswesen
Vorlage: 562/2011**

Beschluss:

Der Rat stimmte der Vorlage einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 11 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 93 der Stadt Geilenkirchen
Geltungsbereich: Fläche im Stadtteil Grotenrath, am nordwestlichen
Ortsrand, nordwestlich der Straße Hinter den Höfen
-Beratung über die Einleitung des Bauleitplanverfahrens gemäß § 13
BauGB (vereinfachtes Verfahren)
-Verabschiedung des Bebauungsplanentwurfes zur Offenlage nach §
3 Abs. 2 BauGB sowie zur Beteiligung der berührten Behörden und
sonstigen Trägern öffentlicher Belange
Vorlage: 536/2011**

Beschluss:

Der Rat beschloss die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 93 der Stadt Geilenkirchen im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB. Gleichzeitig wird der Entwurf der Bebauungsplanänderung mit Begründung zur Offenlage nach § 3 Abs. 2 sowie zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 12 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 86 der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 539/2011**

Beschluss:

Der Rat stimmte der Befreiung mit der Auflage zu, dass auf dem Grundstück eine zusammenhängende Fläche von insgesamt ca. 360 m² entsprechend der Bebauungsplanfestsetzung für den entfallenden Pflanzstreifen bepflanzt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 13 Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 52 der Stadt Geilenkirchen für einen Bereich zwischen Luxemburgstraße, Brabantstraße und Pappelweg
Vorlage: 017/2011**

Beschluss:

Der Rat lehnte den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 14 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 33 (Ludwig-Richter-Straße)
Vorlage: 563/2011**

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig, die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 33 hinsichtlich der maximalen Traufhöhe in der Fassung der 1. Änderung im Sinne der Planung des Bauherrn zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 15 Änderung der Satzung der Stadt Geilenkirchen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)
Vorlage: 565/2011**

Beschluss:

Der Rat beschloss die in der Vorlage aufgeführten Änderungen einstimmig.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 16 Änderung der Satzung der Stadt Geilenkirchen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) vom 26.04.2007
Vorlage: 542/2011**

Beschluss:

Der Rat beschloss die Satzung einstimmig.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 17 Änderung der Satzung der Stadt Geilenkirchen über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen vom 04.07.1996
Vorlage: 555/2011**

Beschluss:

Der Rat beschloss die Satzung einstimmig.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 18 Änderung der Satzung über die Erhebung von Kindergartenelternbeiträgen - Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: 580/2011**

Stadtverordneter Hoffmann führte aus, dass er sich über die zahlreichen Zuhörer freue und er sich ans Rednerpult begeben, damit er ihnen nicht den Rücken kehren müsse bei seinen Ausführungen. Er habe deutliche Worte zur ersten Änderung des Kinderbildungsgesetzes, wobei er die schwierige Materie gerne etwas aufbröseln wolle. Hauptgrund für die Änderung sei das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr, für das es Kompensationszahlungen des Landes gebe, die die Einnahmeausfälle vorläufig auffangen sollen. Eine Endabrechnung finde aber noch statt. Dieses Jahr habe die Stadt eine Unterdeckung ihrer Einnahmen in Höhe von 5.000 €. Ohne die besagte Endabrechnung abzuwarten, hole die Verwaltung aber nun „den Knüppel aus dem Sack“ um durch die Abschaffung der Geschwisterbefreiung Mehreinnahmen in Höhe von 38.000 € erreichen. Dies sei ein wahrhaft schönes Weihnachtsgeschenk für Familien, die glücklicherweise mehrere Kinder im Kindergarten hätten und dafür nun bestraft würden. Im Jugendhilfeausschuss sei dies auch noch mit Unterstützung der CDU und FDP geschehen. Dies sei nicht sehr familiensozial, wobei den genannten Fraktionen Sozialleistungen ohnehin ein Dorn im Auge seien. Hierbei denke er an 400.000 €, die dem Jugendamt gestrichen worden seien. Die Frage bleibe, wann es eine Endabrechnung gebe. Dies habe er heute auf einer Arbeitstagung des Städte- und Gemeindebundes natürlich gefragt und zur Antwort bekommen, dass die Endabrechnung bei Vorlage des Landeshaushalts 2012 erfolge, der am 18.12. eingebracht werde. Den heutigen Beschluss würde er zurückstellen, bis das entsprechende Gesetz beschlossen werde und die Höhe der Kompensationszahlungen festgelegt würde.

Beigeordneter Brunen erörterte, dass die Darstellung des Stadtverordneten Hoffmann in einem entscheidenden Punkt sachlich falsch sei. Die Stadt habe nicht vor die Geschwisterkindregelung abzuschaffen. Wenn der Stadtverordnete dies annehme, könne man natürlich die Argumentation der SPD-Fraktion verstehen. Aber immer dann, wenn mehrere Kinder den Kindergarten besuchen, würde nur für ein Kind ein Beitrag erhoben. Seine Rede zeige, dass der Stadtverordnete Hoffmann von anderen Voraussetzungen ausgegangen sei.

Im Jugendhilfeausschuss sei darüber hinaus bereits berichtet worden, dass der Landesgesetzgeber davon ausgehe, dass 19% der Kosten durch Einnahmen gedeckt würden. Bei der Stadt Geilenkirchen lägen die Beiträge bisher bei 15,5%. Auch mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 38.000 € werde daher der fiktive von der Landesregierung vorgegebene Satz von 19% nicht erreicht.

Er sei bisher davon ausgegangen, dass die Verwaltung der Stadt Geilenkirchen in erster Priorität im Sinne der Stadt handle und erst danach im Sinne der Landesregierung. Daher sei der neue Satzungsentwurf zum Beschluss vorgelegt worden.

Zudem habe die Stadtverwaltung die komplette Finanzierung für das Jahr 2012 offen gelegt. Danach würde die Stadt eine Unterdeckung ihrer Kosten um 21.000 € erwarten, wenn die derzeitige Regelung beibehalten würde und das Land die Kompensationszahlung leisten würde. Man müsse nicht nur die Vorlage der Verwaltung sondern auch die Satzung sehen. Dann würde man erkennen, dass die Geschwisterkinderregelung angepasst aber nicht aufgehoben werde.

Stadtverordneter Wolff meinte, dass die Präsentation des Stadtverordneten Hoffmann am Rednerpult offenbar von seinen schwachen Argumenten ablenken solle. Eine Unterdeckung in Höhe von ca. 20.000 € könne die Stadt sich in ihrer derzeitigen Haushaltssituation nicht leisten. Zudem erinnere er daran, dass seine Fraktion das

Jugendamt nach Geilenkirchen geholt habe und das Amt gute Arbeit leiste. Nichtsdestotrotz müssten auch die Finanzen im Griff behalten werden. Seine Fraktion werde daher für den Vorschlag der Verwaltung stimmen.

Stadtverordnete Thelen erklärte, dass es sinnvoll sei, alle Kinder im letzten Kindergartenjahr und auch die Geschwisterkinder zu befreien. Das Kreisjugendamt habe genau dies beschlossen und in der Vergangenheit hätten sich umliegende Kommunen entsprechend orientiert. Dies sei vorliegend nicht der Fall. Darüber hinaus würden die Abschlagszahlungen der Landesregierung die ersten Kosten decken, die dann mit der Endabrechnung komplett übernommen würden. Daher schließe sie sich in ihrer Meinung der SPD-Fraktion an.

Beigeordneter Brunen korrigierte, dass im Runderlass des Ministeriums zwar die Rede von Zahlungen für Einnahmeverluste aufgrund der Beitragsfreiheit der Vorschulkinder sei; Einnahmeverluste aufgrund von Geschwisterkinderregelungen würden dahingegen nicht ersetzt.

Stadtverordneter Mingers verlas die entsprechende Passage aus der Beschlussfassung des Kreises.

Bürgermeister Fiedler machte darauf aufmerksam, dass es sich beim Kreis um eine umlagefinanzierte Politik handle und eine Kommune nicht nach diesen Kriterien entscheiden könne.

Stadtverordneter Kravanja warf ein, dass es dahingestellt sei, was das Land wolle. Wenn das Land ein Kind beitragsfrei stelle, dann müsse es auch die damit verbundenen Kosten tragen. Im Falle einer Unterdeckung müssten nämlich die Kosten auf alle anderen umgelegt werden, so dass die Beiträge insgesamt für alle steigen würden. Die beste Alternative werde in der Verwaltungsvorlage vorgeschlagen und daher stimme er dieser zu.

Stadtverordneter Kassel betonte, dass die FDP-Fraktion nicht gegen Sozialleistungen sei. Aufgrund der Regelung des Landes würden Befreiungen in Höhe von 200.000 € ausgesprochen. Natürlich könnte man auch weitere Befreiungen aussprechen, wenn die Mittel im Haushalt 2012 bereit gestellt würden. Aktuell würden jedoch 20.000 € fehlen und eine allgemeine Ausdehnung des Beitrags lehne er ab.

Stadtverordneter Benden meinte vorweg, dass seine Fraktion den Antrag der SPD bewusst unterstütze und in ihrer Bewertung die Frage eine Rolle spiele, was das Beste für die Kinder sei. Er verstehe die Vorlage so, dass der Gewinn von 38.405 € erreicht werden solle. So könne man seines Erachtens nicht rechnen. Er sei überzeugt, dass der Stadtverordnete Hoffmann auf der heutigen Veranstaltung des Städte- und Gemeindebundes korrekte Informationen zur Endabrechnung erhalten habe. Daher solle man diese doch abwarten, bevor ein Beschluss gefällt werde. Dann könne in der nächsten Sitzung ein sauberer Beschluss gefasst werden.

Stadtverordneter Kappes entgegnete, dass er die ganze Diskussion nicht verstehe. Sozialpolitik sei genau das, was der Stadtverordnete Kravanja eben vorgeschlagen habe. Wenn zwei oder mehr beitragsfreie Kinder vorhanden seien, dann müsse für alle anderen der Beitrag auch angehoben werden. Dies sei doch nicht gerecht. Je

nach Anzahl der Kinder einer Familie in einer Kindertageseinrichtung greife eine bestimmte Regelung. Da gebe es kein Problem.

Stadtverordneter Benden widersprach, dass die Landesregierung mit der Gesetzesänderung ein konkretes Ziel verfolge und er beantrage, den Beschluss über die Angelegenheit auf die nächste Ratssitzung zu vertagen.

Stadtverordneter Wolff erklärte, dass er die Beschlussfassung am heutigen Tag favorisiere und sich den Äußerungen des Stadtverordneten Kravanja nur anschließen könne. Darüber hinaus würden sozial schwache Familien ohnehin von Beiträgen befreit, so dass dieser Personenkreis nicht von der Gesetzesänderung betroffen sei und keine Schlechterstellung befürchten müsse.

Stadtverordneter Eggert berichtete, dass die Einkommensgrenze bei 24.000 € brutto liege und hiervon nach den gesetzlichen Abzügen nicht sehr viel übrig bleibe. Er rege an, die Grenze auf 32.000 € anzuheben.

Bürgermeister Fiedler erläuterte Richtung Publikum, dass der Rat nicht nur das Wohl der Kinder im Blick haben könne sondern auch die beste Lösung für die Stadt Geilenkirchen und deren Gesamtbevölkerung finden müsse. Darüber hinaus stellte er klar, dass die Stadt mit den Kindergartenbeiträgen keine Gewinne einfahre, sondern lediglich eine Deckung ihrer Kosten anstrebe.

Stadtverordneter Jansen regte an, dem Vorschlag des Stadtverordneten Benden auf Vertagung der Entscheidung zu folgen. Immerhin könne jemand die Gesetzesänderung anders interpretieren als die Verwaltung in ihrem Beschlussvorschlag und daraufhin klagen. Und die aufwendige Rückabwicklung der neu beschlossenen Satzung würde nur viel Arbeit und Geld kosten. Dies könne man sich ersparen.

Bürgermeister Fiedler bemerkte, dass es bei diesem Punkt nicht nur um Geld gehe. Es gehe um eine grundsätzliche soziale Haltung und nicht um die Frage, welche Kosten das Land eventuell übernehmen würde. Die Frage würde lauten „ Was ist sozial im Sinne der Kinder und was ist sozial im Sinne unserer Stadt“.

Bürgermeister Fiedler rief sodann zur Abstimmung über den Antrag des Stadtverordneten Benden auf Verschiebung der Entscheidung in die kommende Ratssitzung auf.

a) Beschluss:

Der Rat lehnt den Antrag auf Verschiebung des Tagesordnungspunktes in die nächste Ratssitzung mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	25
Enthaltung:	0

b) Beschluss:

Der Rat beschloss mehrheitlich, die Änderung der Satzung der Stadt Geilenkirchen über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten in Tageseinrichtungen für Kinder und der Tagespflege im Jugendamtsbezirk Geilenkirchen in der im Entwurf vorgelegten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	26
Nein:	13
Enthaltung:	0

**TOP 19 Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 583/2011**

Beschluss:

Der Rat beschloss die Satzung in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 20 Künftige Schulentwicklung in der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 582/2011**

Die Stadtverordneten Brandt und Dr. Evertz zeigten als Lehrer der städtischen Realschule und der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule ihre Befangenheit an und nahmen unter den Zuhörern Platz.

Bürgermeister Fiedler machte darauf aufmerksam, dass den Fraktionsvorsitzenden ergänzend zur Sitzung Erläuterungen und ein modifizierter Beschlussvorschlag übersandt worden seien. Der Beschlussvorschlag laute wie folgt:

1. Die Anita-Lichtenstein-Gesamtschule wird ab dem Schuljahr 2012/2013 auf insgesamt sechs Züge erweitert und zwar beginnend mit der Eingangsklasse für dieses Schuljahr. Sofern die Aufnahmekapazitäten nicht ausreichen sollten, kann vorübergehend eine siebte Eingangsklasse gebildet werden.
2. Die Städtische Realschule führt ab dem Schuljahr 2012/2013 kein Aufnahmeverfahren mehr durch. Die Schule wird auslaufend fortgeführt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür notwendigen Genehmigungsverfahren einzuleiten.

Stadtverordneter Kassel erklärte, dass man jetzt zwei Gründe habe, über die Schul-landschaft zu sprechen.

- 1.) es sei seitens der SPD beantragt worden, aus der Realschule eine Sekun-darschule zu machen.
- 2.) In den Nachbargemeinden Gangelt und Selfkant werde eine neue Ge-samtschule gegründet; damit sei u.a. der Wegfall von Schülerwanderungen zwischen den Gemeinden gewünscht.

Es sei ein Ziel, dass auch Schüler mit schwachen Noten '(Hauptschulempfehlung)' in Geilenkirchen ein Angebot fänden, da sie die bisher mangels Platz an der Gesamt-schule nach Gangelt oder Übach-Palenberg hätten ausweichen müssen.

Die Verwaltung habe von allen Grundschul-Eltern ein Meinungsbild ermittelt, an wel-cher weiterführenden Schule deren Kinder angemeldet werden sollen. Mit rund 80% Rücklaufquote hätten die Eltern rege zu einem repräsentativen Meinungsbild beiget-ragen.

Der Punkt 1 (Antrag der SPD) habe sich erledigt: Für eine Sekundarschule würden nicht die formal notwendigen drei Eingangsklassen erreicht. Vor allem werde sie von den Eltern deutlich geringer nachgefragt als die bestehende Realschule.

Bleibe die Frage, ob die Realschule als solche bestehen bleibe, wofür heute kein Be-schluss gefasst werden müsse. Oder werde eine vergrößerte Gesamtschule ge-wünscht, die dann an zwei Standorte verteilt werden müsse und zur Auflösung der Realschule führe.

Hierzu seien der FDP zwei Daten aus der Elternbefragung wichtig:

- 1.) Es gebe eine Nachfrage seitens Geilenkirchener Eltern, zwei Eingangs-klassen der Realschule zu bilden.
- 2.) An der Gesamtschule könnten rechnerisch alle Kinder mit Wahl Gesamt-schule, Hauptschule und Sekundarschule zusammen untergebracht werden. Dies seien in Summe hochgerechnet 113 Kinder für 120 Plätze, es könnten wie in der Vergangenheit noch fünf Heinsberger an der Gesamtschule aufge-nommen werden. Dann blieben theoretisch zwei Plätze frei für Realschulabb-recher.

Ansonsten bleibe beim Wunsch eine Hauptschule zu besuchen, die Möglichkeit nach Übach-Palenberg zu fahren. Wer diese Schulform wünsche, werde weiterhin in einer Nachbarstadt fündig. Der weitere Weg als geplant sei nicht ideal, für diese Zielgrup-pe werde es aber grundsätzlich nicht schlechter. Besser werde, dass durch weniger Einpendler ein Platz auch in der vierzügigen Gesamtschule wahrscheinlich sei.

Vor diesem Hintergrund sei die FDP für eine Fortführung der Realschule:

- die FDP respektiere die Wahl der Eltern
- die FDP habe einen Wettbewerb zwischen zwei verschiedenen städtischen Schulformen der Sekundarstufe 1
- es werde eine Klasse mit bilinguaalem Zweig geboten
- die FDP halte die 4 zügige Gesamtschule an einem Ort für alle Schüler bes-ser, als die 6 zügige Schule an zwei Standorten

So gebe es für alle Vorteile gegenüber dem Verwaltungsvorschlag:

- die Gesamtschule bleibe verhältnismäßig übersichtlich: Lehrer müssten nicht pendeln, Geschwisterkinder seien unter einem Dach
- die Realschüler hätten die gewünschte Schulform. Es bleibe nur das Risiko dass bei einem Schulwechsel in der Erprobung ein Wechsel an die Gesamtschule mangels Platz nicht sicher sei. Dann müsste zur Hauptschule Übach-Palenberg ausgewichen werden.
- wer die Hauptschule haben wolle, bekomme einheitlich gesagt, er solle an die Gesamtschule gehen. Das könne er tun, oder nach Übach-Palenberg auspendeln. Hier ändere sich gegenüber dem Ist-Zustand, dass die Chance an der Gesamtschule genommen zu werden erheblich auf eine „Beinahe-Sicherheit“ steige, andererseits falle mit Gangelt ein Alternativangebot weg.
- auch die Chancen, am Gymnasium St. Ursula angenommen zu werden, würden steigen, da weniger Einpendler zu erwarten seien, denn auch in Gangelt könne künftig das Abitur gemacht werden.

Die Alternative „große Gesamtschule“ bringe nur die Sicherheit, dass es eine Schule gebe, die jeden annehme. Eine bewusste Auseinandersetzung um das Schulsystem finde nicht mehr statt.

Im Übrigen werde es weiter gemeindeübergreifende Schulbesuche geben: So sei aus den Ortsteilen Prummern, Immendorf, Waurichen die Schulstadt Baesweiler mit dem Bus direkt erreichbar. Zur Gesamtschule in Bauchem müsse aber am Bahnhof umgestiegen werden.

Daher lehne die FDP-Fraktion den Verwaltungsvorschlag „sechszügige Gesamtschule“ ab. Sie seien für eine pluralistische Schullandschaft mit der Realschule: Eltern und Schüler könnten wählen, welcher Schultyp zu ihnen passe. Für das ermittelte Meinungsbild könne man auch eine passende Schullandschaft bieten.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass das Thema brisant sei und ihm unter den Nägeln brenne und er aufgrund des Respekts vor dem Thema auch den Weg ans Rednerpult gewählt habe, um den anwesenden Lehrerinnen, Lehrern und Eltern ins Gesicht schauen zu können. Heute müsse man eine schwere Entscheidung treffen. Das Thema sei nicht nur breit in der Öffentlichkeit diskutiert worden sondern auch sehr kontrovers in seiner Fraktion. Heute werde auch keine Entscheidung für oder gegen eine Schule getroffen, sondern eine Entscheidung für unsere Kinder. Seine Fraktion sei zu dem Ergebnis gekommen, dass die Sekundarschule für Geilenkirchen die richtige Schulform sei. Sie sei unter anderem die beste Lösung, da sie auch den jetzigen Pendelkindern einen Platz geben würde. Auf diese Weise könne jedes Geilenkirchener Kind auch in Geilenkirchen beschult werden und mit der Gesamtschule und dem Gymnasium habe Geilenkirchen dann eine Schullandschaft, die allen gerecht werde. Natürlich sei der Elternwille nach wie vor frei und das Angebot vor Ort nicht zwingend. Eine sechs- bis siebenzügige Gesamtschule würde eine übergroße Schule bedeuten, aus deren Anonymität die Schülerinnen und Schüler nur schwer heraustreten könnten. Darüber hinaus würde eine Beschulung an zwei Standorten eine enorme Herausforderung für die Schulleitung bedeuten. Der entscheidende Punkt sei, dass Schwächere besser in kleineren Lerneinheiten unterrichtet würden. Diese Nachteile habe eine kleine 3 zügige Sekundarschule mit einer maximalen Klassenstärke von 25 Kindern nicht. Seine Fraktion glaube, dass die Sekundarschule in 3 zügiger Form in den kommenden fünf Jahren trotz der demographischen Ent-

wicklung Bestand haben werde. Danach müsse man sich aufgrund rückgängiger Schülerzahlen überall Gedanken machen, wie es weiter gehe – auch vor dem Hintergrund der Inklusion, durch die die Klassenstärke ohnehin abgesenkt werden müsse. Die Sekundarschule sei die richtige Schulform obwohl es wie bei der Realschule kaum ein Elterninteresse an der Einrichtung einer Sekundarschule gebe. Die Schulform mit ihren Vor- und Nachteilen sei noch kaum bekannt und es gebe noch keine Vergleichsmöglichkeiten. In Waldfeucht und Heinsberg werde die Sekundarschule dennoch auf den Weg gebracht. Dass sich die Eltern in Geilenkirchen gegen diese Schulform entschieden hätten, könne er nicht verstehen. Bemängeln müsse er in diesem Zusammenhang die Vorstellung der Schulform auf dem Elternabend durch Bürgermeister Fiedler. Seines Erachtens habe Herr Fiedler einen unsachlichen Vortrag gehalten, der dem Ernst der Angelegenheit nicht angemessen gewesen sei. Den Beitrag hätte er auch auf der Karnevalssitzung des AKV in Aachen halten können. Seine Fraktion sei davon überzeugt, dass die Sekundarschule die richtige Schulform für Geilenkirchen sei. Natürlich müsse man sich Gedanken darüber machen, was durchsetzbar sei. Darüber sei sich seine Fraktion nicht einig, so dass jeder bei der folgenden Abstimmung seine eigene Meinung und Überzeugung vertrete. Jeder müsse sich für das entscheiden, was er für die Kinder am besten halte. Er werde für den Verwaltungsvorschlag stimmen, da die Gesamtschule in der jetzigen Situation die beste Alternative sei. Die Gesamtschule verfüge über ein engagiertes Kollegium und eine gute Schulleitung und biete die bessere Alternative im Vergleich zur Weiterführung der Realschule. Er hoffe jedoch, dass nach der Diskussion nun Ruhe einkehre und die Pädagoginnen und Pädagogen ihre Arbeit machen können. Dann solle mehr Schule und weniger Politik herrschen.

Bürgermeister Fiedler erwiderte, dass er sich über das Angebot beim AKV eine Bütenrede zu halten, sehr freuen würde und sich mindestens so gewissenhaft darauf vorbereiten würde, wie auf den Vortrag über die Sekundarschule. Die Vorbereitung der Präsentation habe mehrere Tage in Anspruch genommen und habe alle Vor- und Nachteile der Sekundarschule aufgeführt. Die Frage, in welche Richtung die Sekundarschule steuere, sei auch im Rahmen eines Vortrags sicherlich sinnvoll. Er halte eher für merkwürdig, dass seitens der Fraktion der Grünen nicht ein inhaltlicher Satz zum Thema Sekundarschule gefallen sei. Ihn in diesem Zusammenhang als „Karnevalsredner“ zu titulieren, sei schlichtweg deplatziert.

Stadtverordneter Benden insistierte, dass die Vorstellung der Sekundarschule durch den Bürgermeister nicht gut gewesen sei. Darüber hinaus sei der Vorwurf inhaltlich nichts beigetragen zu haben, nicht richtig. Schließlich habe seine Fraktion die Schulministerin zu Gesprächen über die Sekundarschule nach Geilenkirchen eingeladen. Aufgefallen sei lediglich, dass der Landrat den Termin wahrgenommen habe, Bürgermeister Fiedler aber nicht.

Bürgermeister Fiedler entgegnete, dass er schon mehrfach darauf hingewiesen habe, als parteiloser Bürgermeister nicht an Parteiveranstaltungen teilnehmen zu wollen.

Stadtverordneter Wolff erklärte, dass die Diskussion um die Schulentwicklung in den letzten sechs Wochen forciert worden sei. Seine Fraktion habe noch am Montag in der Fraktionssitzung den Umgang mit dem Thema mit Verärgerung und Beschämung zur Kenntnis genommen. Es gebe einen Schulentwicklungsplan, in dem es keinen

Hinweis auf die Notwendigkeit einer Veränderung der Schullandschaft in Geilenkirchen gebe. Er könne dem Bürgermeister angesichts der aktuellen Entwicklung die Feststellung nicht ersparen, dass er hier – um im Jargon der Schulsprache zu bleiben – offensichtlich seine Hausaufgaben nicht gemacht habe. Ansonsten hätte man sich vorher intensiver mit dem Thema befassen müssen, um einen entsprechend ausgereiften Beschluss zu präsentieren. Und auch wenn die SPD-Fraktion nicht als vorausschauende Partei bekannt sei, habe sie sich vermutlich aus einer politischen Motivation heraus mit dem Antrag auf eine Sekundarschule befasst. Erst da schien der Bürgermeister wach gerüttelt worden zu sein. Der Stadtverordnete Benden habe in seinem Beitrag eben den Besuch der Schulministerin angesprochen. An dieser Veranstaltung habe auch er aufgrund eines anderweitigen Termins nicht teilnehmen können – er habe sich aber sagen lassen, dass die Aussagen der Ministerin über die Sekundarschule an Unverbindlichkeit nicht zu überbieten gewesen seien. Dies zeige einmal mehr, wie sensibel mit dem Thema Schule umgegangen werden sollte. Wenn man vor diesem Hintergrund die Berichterstattung der örtlichen Presse verfolge, habe man das Gefühl, dass die Realschule kaputt geredet werden solle. Dabei gehe es um die mittel- bis langfristige schulische Entwicklung der Geilenkirchener Kinder. Hier hätte er sich deutlich mehr Zeit gewünscht, um einen ausgewogenen, vernünftigen Vorschlag für die weitere Entwicklung der Schullandschaft zu erhalten. Daher müsse man der Verwaltung in dieser Sache schlichtweg die Note „Ungenügend“ geben. Man betreibe ein Niedergangsszenario der Realschule, dem mit der Elternbefragung noch die Krone aufgesetzt werde. Er zitiere aus der heutigen Geilenkirchener Zeitung ein Statement des Bürgermeisters zu diesem Thema: „Auch sei es der Realschule trotz sinkender Schülerzahl nicht gelungen, eine herausragende Attraktivität darzustellen.“ Dazu könne er dem Bürgermeister nur sagen, dass es wahrscheinlich noch nie einen Geilenkirchener Bürgermeister gegeben habe, der seinen eigenen Laden so darstelle. Des Weiteren wolle er kurz auf die Gesamtschule eingehen, deren Einführung von der CDU-Fraktion damals kritisch gesehen worden sei. Diese Bedenken hätten sich zerstreut. Die Gesamtschule leiste ausgezeichnete Arbeit und genieße über die Stadtgrenzen hinaus einen hervorragenden Ruf. Sicherlich könne die Schule auch die von der Verwaltung vorgeschlagene Erweiterung meistern. Dennoch komme seine Fraktion nach Abwägung aller Argumente – die unter anderem der Stadtverordnete Kassel in seiner Ansprache beispielhaft aufgeführt habe – und nach Deutung des Ergebnisses der Elternbefragung zu dem Ergebnis, dass sie keine Änderung der Schullandschaft in Geilenkirchen wolle. Entsprechend werde seine Fraktion auch abstimmen.

Bürgermeister Fiedler widersprach dem Punkt, dass die Verwaltung offenbar ihre Hausaufgaben nicht gemacht habe. Beigeordneter Brunen nehme regelmäßig am runden Tisch zur kreisweiten Schulentwicklung teil. Quasi über Nacht hätten die Gemeinden Selfkant und Gangelt der Gangelter Hauptschule den Todesstoß versetzt. In den eben erwähnten Beratungsrunden sei in dieser Angelegenheit lange Zeit „Mikado“ gespielt worden und er habe Verständnis für die Notwendigkeit einer schnellen Entscheidung der Gemeinden Selfkant und Gangelt. Die Dynamik dieses schnellen Beschlusses habe das Thema Schulentwicklung in Geilenkirchen ebenfalls dynamisiert. Seitdem habe er alle Hände voll zu tun. Natürlich wäre der Verwaltung ein längerer Vorlauf ebenfalls lieber gewesen. Auch eine Elternbefragung vor einigen Monaten hätte man bevorzugt. Dass sich die jetzige Entwicklung so abzeichne, sei nicht abzusehen gewesen. Die Stellung der Realschulen habe er erst kürzlich mit dem ehemaligen aus Geilenkirchen stammenden Schulstaatssekretär der CDU bespro-

chen, der eine Attraktivierung der Realschule für unablässig halte, um sie überlebensfähig zu machen. Und dies gelte im großstädtischen Umfeld. Durch ein eigenes pädagogisches Profil, sei dies vielleicht auch im ländlichen Raum zu erreichen. Die Verwaltung sehe die Entwicklung der Realschule aufgrund der Zahlenentwicklung in den vergangenen Jahren pessimistisch. Und dies habe nichts damit zu tun, dass er in der unternehmerischen Sprache „ein Produkt schlecht reden wolle“. In dieser ganzen Situation habe er zum Beispiel auch von der Realschule die Vorlage eines pädagogisch begründeten Konzepts erwartet, um der negativen Entwicklung entgegen zu wirken. Dies wäre darüber hinaus ein Qualitätszeichen der Schule gewesen.

Stadtverordneter Kravanja schloss sich an, dass er die vom Bürgermeister angesprochene Dynamik ähnlich sehe. Erst nach Aufkündigung der Hauptschule in Gangelt sei eine neue Situation für Geilenkirchen entstanden. Er sehe es als problematisch an, einen zukunftssicheren Beschluss zu fassen. Verschiedentlich sei eben bereits angeklungen: es gebe einen Glauben, ein Bauchgefühl, Intuition, eine Vermutung in Bezug auf Deutung der Zahlen der Elternbefragung. Aber Genaueres wisse man einfach nicht. Den Erhalt der Realschule, die zur Vielfalt der Schullandschaft in Geilenkirchen beitrage, würde man gerne sichern. Die Frage sei, ob man mittelfristig zu einer anderen Entscheidung gezwungen werde. Aus der Elternbefragung habe man jedenfalls nur ein Ergebnis eindeutig erkennen können: die Sekundarschule wolle niemand. Es gebe viele Argumente für und wider, aber ein richtig oder ein falsch gebe es nicht. Auch innerhalb seiner Fraktion sei das Thema kontrovers diskutiert worden und es sei keine einhellige Meinung entstanden. Jeder Stadtverordnete sollte in dieser Sache nach besten Wissen und Gewissen handeln und daher beantrage er geheime Abstimmung. Eventuell habe er mit diesem Antrag nun etwas vorweggenommen, das vielleicht auch aus einer anderen Fraktion gefordert worden wäre. Er müsse noch hinzufügen, dass die Realschule in den vergangenen Wochen sowohl vom Rat als auch von der Verwaltung wie das „ungeliebte Kind“ dargestellt worden sei. Dem müsse er ausdrücklich widersprechen. Die Realschule sei eine gute Schule und ihr Verdienst für die Geilenkirchenerinnen und Geilenkirchener sollte nicht in Abrede gestellt werden. Momentan gehe es lediglich um die beste Lösung unter den gegebenen Umständen.

Stadtverordneter Eggert stellte fest, dass derzeit so viel über Schulentwicklung gesprochen werde wie in den letzten drei bis fünf Jahren nicht mehr. Er wolle nicht alle Argumente wiederholen, die unter anderem vom Stadtverordneten Benden angesprochen worden seien. Grundsätzlich freue er sich darüber, dass seine Fraktion das Thema angestoßen habe. So etwas komme nicht von den Konservativen. Wie schwer ihnen brisante Themen fallen würden, habe man am Ausgang der letzten Kommunalwahl gesehen. Bei der Entscheidungsfindung sollten die Kinder im Vordergrund stehen und auch seine Fraktion habe viel diskutiert. Unter anderem habe man mit anderen Fraktionen, Pädagogen und den Schulleitern verschiedene Szenarien durchgespielt. Die Mehrheit seiner Fraktion sei für die Gesamtschullösung, wobei der Faktor des längeren gemeinsamen Lernens wesentlich bei der Entscheidung gewesen sei. Darüber hinaus sollten Geilenkirchener Kinder auf Geilenkirchener Schulen gehen. Eine andere Lösung würde sich zudem negativ auf die Hauptschüler auswirken. Natürlich sei eine siebenzügige Gesamtschule nicht toll, wobei sich die Schulgröße angesichts der demographischen Entwicklung auf eine Fünf- bis Sechszügigkeit einpendeln werde. Zukünftig werde auch die Inklusion eine gravierende Rolle spielen. Auch in der SPD-Fraktion könne jeder nach seinem Gewissen ent-

scheiden, wobei er schon jetzt sagen könne, dass alle die gleiche Meinung vertreten würden.

Stadtverordnete Thelen meinte, dass sich mit der Änderung der Schulsituation in Gangelt auch Änderungen in der Geilenkirchener Schullandschaft ergeben hätten und dass alle Geilenkirchener Kinder eine Chance erhalten sollten, in Geilenkirchen zur Schule gehen. Inhaltlich hätte sich ihre Partei entgegen der Darstellung des Bürgermeisters begründet für die Einrichtung der Sekundarschule eingesetzt. Nur auf diese Weise könnten eine Haupt- und Realschule und ein Gymnasium unter einem Dach auf integrative oder teilintegrative Weise zusammengebracht werden. Zudem sei der Vertrag mit der Hauptschule Gangelt gekündigt worden. Nun werde die Sekundarschule aufgrund des Elternwillens nicht in Geilenkirchen eingerichtet. Dies habe sicherlich mehrere Gründe. Tatsächlich habe der Bürgermeister die Schule auf dem Elternabend nicht sehr vorteilhaft dargestellt. Eine optimale Lösung gebe es aber offenbar zurzeit nicht und bei Erhalt der Realschule werde man sich nächstes oder übernächstes Jahr sicherlich erneut über die Geilenkirchener Schullandschaft unterhalten. Wenn die Realschule weiter bestehe, solle die Verwaltung dafür Sorge tragen, dass die Hauptschülerinnen und –schüler eine Möglichkeit hätten, einen adäquaten Unterricht zu besuchen. Hier sei Vorsorge notwendig.

Bürgermeister Fiedler wiederholte, dass er keine Phantomdiskussion führen wolle. Der besagte Elternabend sei mehrere Wochen her und es sei legitim zu hinterfragen, wie eine Kooperation drei verschiedener Schulform in einer möglich sei. Er habe die Nachhaltigkeit dieser Schulform kritisch betrachtet wobei hier wesentliche Fragen nicht hätten beantwortet werden können. Darüber hinaus halte sich die Verwaltung in der gesamten Diskussion strikt an das vorliegende Zahlenmaterial.

Stadtverordnete Thelen widersprach, dass auf der Abendveranstaltung für die Eltern drei Schulformen vorgestellt worden seien. Die Vorstellung der Gesamt- und Realschule sei durch den Rektor bzw. Konrektor vorgenommen worden, die für ihre jeweilige Schulform entsprechend Werbung gemacht hätten. Lediglich die Sekundarschule sei neutral und kritisch dargestellt worden. Hier hätte man im Vorfeld drei neutrale Personen als Redner gewinnen müssen.

Stadtverordneter Solenski fasste zusammen, dass die Stadtverordneten Kravanja und Wolff schon ausführlich auf die Thematik eingegangen seien. Erstens sei im Vorfeld suggeriert worden, dass der Rat gegen die Aufrechterhaltung der Realschule sei, womit sicherlich die Befragung beeinflusst worden sei. Zweitens habe natürlich jeder das Recht zu kritisieren. Der Stadtverordnete Wolff habe ein Gentleman-Agreement vorgeschlagen; die Kritik des Stadtverordneten Benden sei jedoch unter der Gürtellinie.

Stadtverordneter Mingers erläuterte, dass der Stadtverordnete Kravanja korrekt festgestellt habe, dass man nicht genau wisse, wie es weitergehe. Entscheidend sei, dass die Landesregierung den „Schulkrieg“ in die Stadträte gebracht habe. Dies sei ein Skandal. Er habe die Präferenz, sich nach dem erklärten Elternwillen zu richten. Der Vorschlag der Verwaltung spiegele diesen am ehesten wider, so dass er sich dem Beschlussvorschlag anschließen könne.

Stadtverordneter Jansen machte deutlich, dass die Beschulung aller Geilenkirchener Kinder in Geilenkirchen das Ziel sei. Warum heute eine Entscheidung über den Erhalt der Realschule getroffen werden müsse, könne er nicht verstehen. Man sollte die Schulen wie bisher weiterführen und aufgrund der gesetzlichen Anforderung eine neue Kooperation mit einer Hauptschule eingehen. Zu Bedenken sei, dass die Einrichtung einer Sekundarschule gerecht gegenüber allen sei.

Beigeordneter Brunen führte aus, dass sich die rechtliche Situation zum Thema Hauptschule ein wenig differenzierter darstelle. Eine Verpflichtung zur Kooperation mit einer Hauptschule bestehe, wenn Geilenkirchen eine Schülerzahl aufbiete, die einen zweizügigen Unterricht erforderlich machen würde. Dies sei vor ein paar Jahren noch der Fall gewesen, so dass die Kooperation mit der Gemeinde Gangelt geschlossen worden sei. Mittlerweile würden 18-20 Schülerinnen und Schüler aus Geilenkirchen eine Hauptschule besuchen. Damit entfalle die Kooperationsverpflichtung für Geilenkirchen. Die Schülerinnen und Schüler könnten sich frei orientieren.

Stadtverordneter Benden stellte fest, dass es vielleicht keine gesetzliche Pflicht gebe. Nichtsdestotrotz stehe die Stadt in der Verantwortung, was mit den Schülerinnen und Schülern der Hauptschule passiere. Man könne nicht blauäugig vorgehen. Auch zukünftig werde es Abgänger von der Realschule nach der sechsten Klasse geben, die dann die passende Schulform für sich finden müssten. Bei der Entscheidung könnten nicht nur die starken Kinder Berücksichtigung finden. Gerade die Schwachen bräuchten den Respekt und die Unterstützung für ihre weitere Entwicklung. Wenn man so vorgehe, wie der Beigeordnete Brunen vorgeschlagen habe, dann werde es zukünftig in Geilenkirchen weitergehende soziale Probleme geben, die unter anderem von fehlgeleiteten und nicht unterstützten Jugendlichen herrühren. Jetzt sollten nicht an der falschen Stelle Einsparungen gemacht werden.

Stadtverordneter Kassel erwähnte, dass die am Besuch einer Hauptschule interessierten Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit hätten, die Schule in Übach-Palenberg zu besuchen. Diejenigen, die den Fahrtweg nicht in Kauf nehmen würden, könnten sich an der Gesamtschule anmelden. Drei bis vier Personen könnten pro Klasse noch aufgenommen werden, so dass jeder Hauptschüler bei Interesse an der Gesamtschule einen Platz finden könne.

Stadtverordnete Thelen erklärte, dass es eine gesetzlich vorgeschriebene Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Gesamtschule gebe und daher nicht alle Hauptschüler durch die Gesamtschule aufgefangen werden könnten.

Beigeordneter Brunen ergänzte, dass ein Auswahlverfahren erst dann stattfinde, wenn es einen Anmeldeüberhang gebe. Dann werde zur Vergabe der zusätzlichen Plätze aus drei verschiedenen Leistungsgruppen die gleiche Schülermenge gezogen. Dieses Auswahlverfahren finde aber tatsächlich erst statt, wenn mehr Plätze als vorhanden nachgefragt würden. Vorher sei die Platzvergabe frei.

Stadtverordneter Dr. Möhring machte deutlich, dass der Stadtverordnete Eggert die Haltung der SPD-Fraktion zum Ausdruck gebracht habe. Eine Nachfrage nach der Sekundarschule gebe es in Geilenkirchen nicht. Wenn man sich die Zahlen der Elternbefragung zur Realschule ansehe und die Diskussion aus dem Ausschuss für Bildung und Soziales betrachte, dann müsse man sich unweigerlich fragen, wie es

mit der Realschule weitergehe. Mittlerweile werde der Unterricht an der Realschule nicht mehr vier- sondern zweizügig geführt. Diese Zahlen seien momentan recht stabil, wobei die Abgänge nach der Erprobungsphase in der sechsten Klasse die Zahlen noch mal senken würden. Eine schlichte Interpretation der Ergebnisse führe ihn zu der Frage, ob die Realschule auch einzügig weitergeführt werden könne oder solle.

Stadtverordneter Benden beantragte die Erweiterung des Beschlussvorschlags, um darüber abzustimmen, dass die Stadt Geilenkirchen auf freiwilliger Basis einen Kooperationsvertrag mit einer Hauptschule zur Unterbringung Geilenkirchener Hauptschülerinnen und –schüler treffen solle.

Bürgermeister Fiedler machte darauf aufmerksam, dass diese Frage rein inhaltlich zur Diskussion in einen Ausschuss verwiesen werde sollte. Bei der anstehenden Entscheidung gehe es um zwei verschiedene Prinzipien, wobei beide ihre Berechtigung hätten. Zum einen gehe es um das Angebot an alle Geilenkirchener Kinder in ihrer Stadt beschult zu werden. Zum anderen stehe der Erhalt der vielfältigen Schullandschaft im Raum.

Bürgermeister Fiedler rief zur geheimen Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung auf. Frau Frohn und Frau Hensen wurden zu Auszählern bestimmt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen lehnte den Beschlussvorschlag der Verwaltung mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	13
Nein:	24
Enthaltung:	0

Bürgermeister Fiedler stellte nach der Abstimmung fest, dass sich die überzeugende Mehrheit des Rates für den Erhalt der Realschule ausgesprochen habe. Er danke allen für ihre Fairness, Sachlichkeit und Engagement in der Diskussion und er wünsche der Schulvielfalt in Geilenkirchen alles Gute.

Sodann rief er zur Abstimmung über den Vorschlag des Stadtverordneten Benden auf, den Beschlussvorschlag um einen weiteren Punkt zu erweitern.

Beschluss:

Der Rat lehnte den Antrag des Stadtverordneten Benden mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	29
Enthaltung:	2

TOP 21 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

- a) Stadtverordneter Kuhn fragte nach, wer die Stromkosten der Lärmmessstation auf Haus Basten zahle und wie diese Kosten abgerechnet würden. Er habe gehört, dass die Kosten dem Pächter des Restaurants Casa Leonardo in Rechnung gestellt würden.

Stadtamtmann Kleinjans korrigierte, dass der Verbrauch der Messstation bekannt sei und die Kosten mit dem Pächter verrechnet würden, da sie von der Stadt getragen würden.

- b) Auf Nachfrage des Stadtverordneten Schumacher sagte Bürgermeister Fiedler zu, dass die Stadtverwaltung die Einrichtung eines Zebrastreifens vor dem Gelo-Carré prüfen werde.
- c) Stadtverordnete Kals-Deußen fragte nach, ob neue Entwicklungen zum Stand der Dichtheitsprüfung bekannt seien.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass ihm leider keine neuen Informationen vorliegen würden.

Stadtverordneter Hoffmann warf ein, dass auf der Veranstaltung des Städte- und Gemeindebundes verkündet worden sei, dass die Gesetzesvorlage zurückgezogen worden sei.

- d) Stadtverordneter Graf schilderte, dass es im Raum Geilenkirchen mehrere Tagesmütter gebe, für die die Kosten der Erstausrüstung ersetzt würden. Ihm sei nun von einem Fall berichtet worden, in dem eine Tagesmutter Mitte 2010 einen Antrag auf Übernahme der Kosten für die Erstausrüstung gestellt habe. Die Frau sei immer wieder getröstet worden, bis sie am 16.11.2010 die Mitteilung bekommen habe, dass in ihrem Fall der Landschaftsverband zuständig sei. Seitens des Landschaftsverbandes habe die Tagesmutter dann die Mitteilung erhalten, dass sie unter Bezugnahme auf ihren Antrag vom 07.06.2010 keine Mittel erhalten würde. Eine weitere Nachfrage habe ergeben, dass der Antrag der Tagesmutter erst am 03.05.2011 beim Landschaftsverband eingegangen sei. Die fachbezogene Pauschale sei jedoch für Anträge zur Verfügung gestellt worden, die bis Ende 2010 eingereicht worden seien. Nun warte die Tagesmutter nach wie vor auf Erstattung der 1.000 €. Diese sei abhängig von der Meldung der Jugendämter an den Landschaftsverband für das Jahr 2011/2012. Seine Frage sei nun, wann die Dame mit der Erstattung der Kosten rechnen könne.

Beigeordneter Brunen wunderte sich, dass der Stadtverordnete zur Schilderung dieses Sachverhalts die heutige Veranstaltung gewählt habe. Verständlicherweise lägen ihm keine Einzelheiten zu dem genannten Vorgang vor, so dass er im Moment keine konkrete Antwort geben könne. Ihm sei zwar bekannt, dass der Stadtverordnete wegen dieses Falles auch im Jugendamt vorgesprochen habe. Tatsächlich sei der Landschaftsverband für Erstattungsansprüche zuständig. Einzelheiten zum Sachverhalt müsse er aber noch klären, so dass er die Frage des Stadtverordneten nicht direkt beantworten könne.

- e) Stadtverordneter Dr. Evertz erkundigte sich, ob es den Tatsachen entspreche, dass in den vergangenen Tagen ein positiver Bescheid zur Errichtung einer Windkraftanlage in Lindern erteilt worden sei.

I. Beigeordneter Hausmann bestätigte, dass die Stadt Geilenkirchen als Bauordnungsamt zu dem Vorhaben positiv Stellung genommen habe. Das Windrad solle innerhalb der alten Konzentrationszone errichtet werden.

- f) Stadtverordneter Benden erklärte, dass er vor einigen Tagen gehört habe, dass sechs Linden in Grotenrath gefällt werden sollen. Er habe den Wert der Bäume schätzen lassen und bei einer Fällung würde ein Wert in Höhe von 60.000 € verloren gehen. Hierauf habe er den Bürgermeister auch hingewiesen. Dieser sehe die Fällung der Bäume jedoch als Geschäft der laufenden Verwaltung an. Er habe sich bei der Kreisverwaltung erkundigt und diese habe ihm bestätigt, dass es sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handele. Seine Frage sei nun, ob der Bürgermeister dies noch immer annehme oder ob es nicht eher eine Aufgabe des Umwelt- und Bauausschusses bzw. des Rates sei, eine Entscheidung über die Bäume zu treffen.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass auch er beim Kreis um Einschätzung der Situation gebeten habe. Ihm sei versichert worden, dass es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handele, so dass die Linden gefällt würden und andere Bäume an ihrer statt gepflanzt würden.

Stadtverordneter Benden fragte weiter, wie hoch der Wert der Bäume beziffert worden sei, wer die Kosten der Ersatzbepflanzung trage und aus welchen Gründen die Bäume gefällt werden sollen.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass schwammig sei, welchen Wert der Bäume der Stadtverordnete meine. Wenn er selbst den Wert auf 60.000 € beziffere, sei interessant zu erfahren, welcher Maßstab angewandt würde. Vor einigen Jahren seien die Linden im Rahmen des Wettbewerbs „Unser Dorf soll schöner werden“ an dem ehemaligen Wirtschaftsweg gepflanzt worden. Nun seien die Bäume in einem unregelmäßigen Wuchs herangewachsen und würden zum Teil über die Dächer der angrenzenden Häuser hinaus ragen. In ihrer Blütezeit würden die Häuser und Dächer stark verschmutzt. Hinzu käme dass die belaubten Bäume den Lichteinfall auf die Grundstücke erheblich beeinträchtigen würden. Im Dezember 2009/2010 habe die Ortsvorsteherin erstmals eine Bürgerbefragung der betroffenen Anwohner durchgeführt, die zu dem Ergebnis geführt habe, dass die Bäume entfernt werden sollten. Er habe sich damals Bedenkzeit erbeten, könne den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger mittlerweile aber nicht mehr abschlagen. Die Kosten für die Ersatzbepflanzung würden von den Anwohnern getragen.

Ergänzend fügte Bürgermeister Fiedler an, dass sich die betroffenen Bürgerinnen und Bürger natürlich empört hätten, dass der Stadtverordnete Benden erklärt, im Bürgerinteresse zu handeln. Immerhin hätten die Anwohner in der Befragung einen klaren Willen geäußert.

Stadtverordneter Dr. Möhring fragte, ob sicherheitsrechtliche Aspekte für die Fällung der Bäume sprächen und ob die Bäume oder Häuser zuerst da gewesen seien.

Bürgermeister Fiedler entgegnete, dass kein substantieller Schaden von den Bäumen zu erwarten sei und dass diese zuerst gepflanzt worden seien.

- g) Stadtverordneter Dr. Evertz teilte mit, dass auch in diesem Jahr in der Bauchemer Sporthalle ein Fußballturnier eines Geilenkirchener Vereins stattgefunden habe. Wie im vergangenen Jahr seien die großen Tore nicht zur Seite geschoben worden, so dass eine Gefährdung der Schülerinnen und Schüler während des Sportunterrichts bestanden habe. Daher sei er wieder gezwungen gewesen, die Tore während in der eigenen Unterrichtszeit zur Seite zu räumen. Er fragte nach, ob die Verwaltung nicht noch einmal mit dem Verein reden könnte.

Bürgermeister Fiedler versicherte, dass der Verein bereits im vergangenen Jahr auf diesen Umstand hingewiesen worden sei. Natürlich werde die Stadt nochmals den Kontakt suchen, damit der Schulbetrieb nicht gefährdet werde.

- h) Auf Nachfrage des Stadtverordneten Banzet erklärte I. Beigeordneter Hausmann, dass das Thema Grünschnittsammlung in der ersten Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses des neuen Jahres behandelt werde.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	
Nein:	
Enthaltung:	

TOP 22 Fragestunde für Einwohner

Es gab keine Nachfragen in der Einwohnerfragestunde.

TOP 23 Verschiedenes

Mit Zustimmung des Rates wurde die Tagesordnung um den Punkt „Verschiedenes“ im öffentlichen Teil zur offiziellen Verabschiedung der beiden Verwaltungsmitarbeiter Willems und Gemünd erweitert.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass er sich für die beiden Herren freue, heute Abend noch einmal in den Genuss einer langen Debatte des Rates gekommen zu sein. Einleitend für die Fraktionen, die im Anschluss sicherlich auch noch das Wort ergreifen wollen, heiße er beide herzlich willkommen. Zu Beginn der Sitzung habe er beide nicht begrüßt, da sie so lange zu den Ratssitzungen dazugehörten, dass ihre Anwesenheit heute Abend vollkommen natürlich erschien. Sie hätten bisher immer zu den Sitzungen gehört und würden dies auch in Zukunft tun. Vermissen würde man die

Auszählungen der Stimmen von Herrn Willems oder auch die kompetenten Antworten zu Haushaltsfragen von Herrn Gemünd.

Stadtverordneter Wolff meinte, dass er sich im Namen der CDU-Fraktion herzlich für die jahrzehntelange Zusammenarbeit mit Herrn Willems und Herrn Gemünd bedanke. Er persönlich habe beiden in den zwanzig Jahren viele Fragen gestellt, die beide immer geduldig beantwortet hätten. Herr Gemünd habe den Fraktionen bei Fragen zum Einsatz der Gelder der Stadt immer zur Seite gestanden und Herr Willems habe jederzeit Fragen zum Thema Rat und Geschäftsordnung sowie zur Gesamtverwaltung beantworten können. Dafür danke er herzlich. Er könne sich dem Bürgermeister nur anschließen, und feststellen, dass mit dem Antritt der Altersteilzeit der beiden Herren auch ein Stück Rat verloren gehe. Er wünsche beiden, dass sie ihren Ruhestand noch lange genießen.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass er die Worte des Stadtverordneten Wolff eigentlich wiederholen könne. Auch seine Fraktion sei äußerst zufrieden mit der Arbeit beider Herren gewesen. Auch von menschlicher Seite her, hätten beide einem nie das Gefühl gegeben, dass Fragen unwichtig oder lästig seien – auch wenn sie es vielleicht gewesen sind. Er wünsche beiden viele schöne Jahre ohne den Rat der Stadt und wünsche ihnen alles Gute.

Stadtverordneter Kravanja stellte fest, dass niemand so schön „einstimmig“ rufe wie Herr Willems. Sowohl Herr Willems als auch Herr Gemünd hätten immer hervorragende Arbeit geleistet und hätten allen Fraktionen beratend zur Seite gestanden. Gerne überreiche er im Anschluss einige Kleinigkeiten zum Ausdruck des Dankes seitens der Fraktion der Freien Bürgerliste.

Stadtverordneter Solenski schloss sich an, dass die Geilenkirchener Verwaltung zwei Urgesteine verliere, die mit Engagement der Verwaltung, dem Rat und allen Fraktionen zur Seite gestanden hätten. Er persönlich komme seit 1989 ohne den Rat der beiden nicht aus und wünsche beiden nur das Beste.

Stadtverordneter Hoffmann führte aus, dass er sich an den letzten Arbeitstagen seitens der SPD-Fraktion schon von beiden verabschiedet habe und zum Zeichen der Anerkennung auch Präsente überreicht habe. Daher stehe er heute mit leeren Händen da. Trotz mancher Diskussion über die Auslegung der Geschäftsordnung, habe er mit Herrn Willems immer gerne zusammengearbeitet. Zu Herrn Gemünd könne er nur sagen, dass er selbst im Vergleich zum ehemaligen Kämmerer in haushaltsrechtlichen Fragen leider nie den Lehrlingsstatus überwunden habe.

Stadtverordneter Mingers betonte, dass er sich insbesondere auch persönlich bei beiden Herren bedanken wolle. Und er habe während der eben geführten Diskussion während der Sitzung gesehen, dass beide zwar nicht gesagt – aber mindestens gedacht hätten – wie richtig es gewesen sei, zu gehen. Er persönlich bedanke sich für die Kompetenz und Fairness, die die Herren Willems und Gemünd während ihrer Dienstzeit an den Tag gelegt haben aufs Herzlichste und wünsche alles Gute.

Sitzung endet um: 20:50

Vorsitzender

Schriftführer/in:

Bürgermeister
Thomas Fiedler

Tina Beckers-Offermanns